

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 89 (2009)
Heft: 973

Rubrik: Blogs, Rede & Widerrede

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blogs, Rede & Widerrede

Von einem Leser und einem Blogger

Oktober 2009

Dieter Stark, Arlesheim

Leserbrief zu Ch. P. Hoffmann «Sozialer Abstieg – dank Sozialstaat» (Ausgabe Nr. 972) und P. Gross «Für einen Liberalismus mit Herzensschwäche» (Sonderthema Nr. 6)

Die Marktgesellschaft: so freiheitlich wie Peter Gross sie sieht, ist sie nicht. Und so freiheitlich wie Christian P. Hoffmann sie gerne hätte, darf sie nicht sein. Etwas simplifizierend ausgedrückt, ist die Hoffmannsche Marktwirtschaft das arithmetische Mittel aus Thomas von Aquin und Adam Smith:

- die marktwirtschaftliche Ordnung kommt durch freiwillige Interaktion der Individuen zustande; so Hoffmann;
- der Markt ist der Ort, wo Anbieter und Nachfrager sich «einig» werden. Objektive Massstäbe gibt es nicht. Das gute Geschäft und der gerechte Preis (*justum pretium*) stellen beide zufrieden, und jeder glaubt, ein gutes Geschäft gemacht zu haben; so Thomas von Aquin im 13. Jahrhundert;
- wie von einer *invisible hand* gesteuert, führt die Verfolgung des Selbstinteresses zum gemeinen Wohl; so Adam Smith im 18. Jahrhundert. Eine solche Marktwirtschaft kann man frei und friedlich nennen. Der nüchterne Alltag sieht anders aus.

Der germanische Terminus Friede (von germanisch *frijon* = versöhnen, lieben) bezeichnet einen in sich ruhenden Zustand. Der lateinische Terminus *pax* (lateinisch *pactus* = vereinbart) hingegen stellt das Ergebnis einer Ausmarchung von Machtpositionen dar. Und Macht ist seit Jahrtausenden das perennierende Agens jeglicher gesellschaftlicher Veränderung, auf dem Schlachtfeld wie auf dem Markt.

Diese Machtentfaltung hat sich in den beiden letzten Jahren wieder deutlich manifestiert. Geld ist pervers, liessen sich

einige Kritiker des jüngsten Sündenfalls unserer Banker vernehmen. Nein, nicht das Geld ist pervers, sondern die Geldwirtschaft. Diese Banker haben das «grosse Rad des Umlaufs» zum Eigenwert verselbständigt und es der Realwirtschaft entzogen. Insofern war dieses Verhalten ein systemimmanenter Fehler des Kapitalismus. Die Banker haben Aristoteles Lügen gestraft, der glaubte *nummus nummum non parit* (Geld kann kein Geld erzeugen). Das Geld hat also doch Junge geworfen!

Ein etwas weltfremder Sozialeudämonismus hat uns glauben gemacht, die freie Marktwirtschaft wird's schon richten. Sie hat viele zugrunde gerichtet, allerdings. So verlangt nun mancher Geschädigte, dass man nun die Marktwirtschaft «richtet», was verständlich ist.

Die so vielgepriesene soziale Marktwirtschaft soll Extreme vermeiden. Das kann sie nicht. Solche Extreme, wie wir sie jüngst erlebt haben, werden immer wieder vorkommen. Es wird auch fürderhin eine Art *bellum omnium contra omnes* geben, wie es Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert formulierte. Der *homo sapiens* ist dank seiner phylogenetischen Prägung darauf angelegt, für sich selbst zu sorgen, nicht für seine Mitmenschen. Daraus entstehende Auswüchse zu mildern, wenn sie sie schon nicht verhindern kann, ist die Ordnungsfunktion einer sozialen Marktwirtschaft. Deren Kunst besteht nun darin, das gedeihliche Mittelmaß zwischen förderndem Ordnen und verhinderndem Regulieren zu finden.

29. Oktober 2009 christianhannover, Freunde der offenen Gesellschaft, <http://fdog.wordpress.com/>
Der Vertrag von Lissabon ist ein schlechter Witz

«Das Dokument ist noch gar nicht von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert, da wird bereits ersichtlich, was in Brüssel unter ‹Transparenz› verstanden wird. Das hinter verschlossenen Türen stattfindende Geschacher um den Posten des EU-(Rats-)Präsidenten offenbart, was aus der eigentlich begrüßenswerten europäischen Einigung geworden ist: ein Tummelplatz für politische Selbstdarsteller und eine vortreffliche Möglichkeit für Politopas aller Couleur, an prestigeträchtige Posten zu kommen, die bequemerweise nicht einmal ein Wählervotum benötigen. Was bisher vom grossen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel

durchsickert, wirkt wie eine Zusammenkunft des Politbüros, auf der die verschiedenen Fraktionen der Staatspartei sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen haben, um diese ‹Wahl› dann als grossen Erfolg verkaufen zu können. Die Rechten bekommen den Posten des Präsidenten, die Linken den sogenannten Aussenminister, der Souverän darf sich dann freuen und sich Vorträge über das durch den Lissabon-Vertrag angeblich so geförderte Zusammenwachsen Europas (sprich EU) anhören. Die in Lissabon-Vertrag umbenannte EU-Verfassung wirkt jetzt schon wie ein schlechter Witz.»